



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2011/2056(INI)

31.5.2011

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu einer wirksamen Rohstoffstrategie für Europa
(2011/2056(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Elmar Brok

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass in einer multipolaren Weltordnung die Mitgliedstaaten allein nicht mehr in der Lage sind, einen ausreichenden Zugang zu nichtenergetischen Grundstoffen wie Rohstoffen und seltenen Erden zu sichern; ferner in der Erwägung, dass nur durch einen gemeinsamen Ansatz der EU für eine strategische und sichere Versorgung der Wirtschaft in der EU gesorgt werden kann;
- B. in der Erwägung, dass die Rohstoffversorgung für mehrere industrielle Anwendungen von grundlegender Bedeutung ist; ferner in der Erwägung, dass Ausfuhrbeschränkungen die Schaffung offener und transparenter Märkte behindern, erhebliche Rohstoffversorgungsengpässe bewirken können, das Innovationspotenzial der Unternehmen in der EU einschränken und Arbeitsmarktprobleme verursachen könnten;
- C. in der Erwägung, dass sich etwa 50 % der weltweiten Rohstoff- und Seltenerdvorkommen, einschließlich kritischer Rohstoffe, in fragilen Staaten oder instabilen Weltregionen befinden;
 1. begrüßt den Vorschlag für eine Diplomatie der EU im Bereich der Rohstoffe und seltenen Erden, deren Ziel es ist, eine internationale ordnungspolitische Plattform zu schaffen, den Zugang und die Versorgung bei Rohstoffen, insbesondere bei als kritisch eingestuften Rohstoffen, sicherzustellen, offene Weltmärkte zu gewährleisten und die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Rohstoffgewinnung und der effizienten Ressourcennutzung, die sich auf gegenseitige Interessen gründet, zu fördern; betont in diesem Zusammenhang, dass ein intensiver Dialog im Bereich der Rohstoff-Diplomatie zwischen Industrieländern, Schwellenländern und ressourcenreichen Entwicklungsländern geschaffen werden muss, der auch darauf gerichtet ist, die Menschenrechte, eine verantwortungsvolle Staatsführung und die regionale Stabilität zu fördern und die Gefahr von Ressourcenkonflikten abzuwenden;
 2. vertritt die Auffassung, dass durch eine Rohstoffstrategie, bei der auf EU-Ebene stärkerer Nachdruck auf die Innovation und die Substitution in allen Phasen gelegt wird, auch die Verhandlungsposition der Europäischen Union gestärkt und eine Abhängigkeit von Lieferanten, die eine Monopolstellung innehaben, verhindert werden könnte;
 3. fordert die Kommission auf, die informelle Diplomatie bei Rohstoffen durch die Unterstützung des Austauschs zwischen Nichtregierungsorganisationen, Hochschulen und Denkfabriken in der EU und in anderen ressourcenreichen Ländern zu fördern;
 4. fordert die Kommission auf, regelmäßige Veranstaltungen über Rohstoffe, wie die „Metal Saloons“ der „Japan Oil, Gas and Metals National Corporation“ (JOGMEC), mit anderen ressourcenreichen Ländern unter Teilnahme eines breiten Spektrums von Akteuren zu organisieren;

5. weist darauf hin, dass die Rohstoffpolitik zwar ein unabhängiger Bereich ist, aber in Synergie mit anderen Politikbereichen der EU und insbesondere mit der Politik in den Bereichen nichtmineralische Rohstoffe (beispielsweise landwirtschaftliche Erzeugnisse) und Energieversorgung erfolgen sollte;
6. ist der Ansicht, dass die Rohstoff-Diplomatie, die Entwicklungspolitik und die Politik zur Förderung der Demokratisierung für beide Seiten Vorteile bieten und Synergien schaffen sollten; fordert deshalb, die Menschenrechte und die Demokratisierung als Auflagen in künftige Übereinkommen mit Partnerländern aufzunehmen;
7. hebt hervor, dass im Rahmen der strategischen Zusammenarbeit der EU mit den jeweiligen maßgeblichen Akteuren aus den Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern, insbesondere den USA, Russland, China, Japan und der Arktisregion, ein Frühwarnmechanismus für Marktverzerrungen, Versorgungsengpässe und Konflikte um Ressourcen geschaffen und durch eine Überwachungsgruppe auf EU-Ebene ergänzt werden sollte, der Vertreter der EU-Institutionen, der Mitgliedstaaten und der betreffenden Industriesektoren angehören;
8. hebt die Bedeutung der Beziehungen zu den BRICS-Ländern (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) hervor, da diese zwar über umfangreiche Rohstoffressourcen verfügen, aber auch in der Zukunft selbst mehr Rohstoffe beanspruchen werden, wodurch ein schärferer Wettbewerb für EU-Unternehmen entsteht;
9. fordert internationale Regelungsnormen für die Rezyklierung, einen nachhaltigen Bergbau und eine verantwortungsvolle Staatsführung unter Einbeziehung der sozialen Rechte, der Arbeitnehmerrechte und der Menschenrechte, der sozialen Verantwortung der Unternehmen und der Umweltnormen, die durch die einschlägigen Foren, wie die G8 und die G20, die WTO, die OECD, die UNCTAD, das UNEP und dessen Internationale Sachverständigengruppe für nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung, die internationalen Studiengruppen für Metalle und andere Gremien gefördert werden sollten, welche sich aktiv für eine nachhaltige weltweite Ordnungsstruktur für die Erschließung und Gewinnung von Rohstoffen und den Handel mit Rohstoffen einsetzen, die auf dem Grundsatz der Nichtverletzung des Rechts anderer Länder auf Entwicklung im Rahmen der internationalen Bestimmungen beruht;
10. begrüßt die Bereitschaft der Mitglieder der G8 und der G20, die Schwankungen der Rohstoffpreise zu bekämpfen, und fordert die Schaffung von Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffversorgung und zur Eindämmung der Spekulation bei Grundstoffen;
11. fordert die WTO auf, die Auswirkungen von Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und anderen Handelshemmnissen auf die Rohstoffpreise genau zu überwachen; befürwortet in diesem Zusammenhang die Einrichtung eines Instruments zur Überwachung tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse für Rohstoffe und seltene Erden bei der WTO sowie die Einrichtung eines „Raw Materials and Rare Earths Stability Board“ (Rat für die Stabilität im Bereich der Rohstoffe und seltenen Erden) bei der G20; fordert ferner die GD Handel auf, Ausfuhrbeschränkungen und andere Hemmnisse, die die Rohstoffpreise betreffen, weiterhin zu überwachen;
12. begrüßt die Aufnahme ausdrücklicher Garantien für den diskriminierungsfreien Zugang zu

den Rohstoffmärkten in die Handelsabkommen der EU und in die Bedingungen für den Beitritt zur WTO; fordert, dass der Zugang zu Rohstoffen und ein nachhaltiges Rohstoffmanagement in Anbetracht der zunehmenden Verflechtung zwischen den Ländern in alle Abkommen mit den betreffenden Drittländern einbezogen werden, betont jedoch, dass es wichtig ist, eine differenzierte Rohstoff-Diplomatie zu betreiben, um der Situation der jeweiligen Länder Rechnung zu tragen;

13. ist der Ansicht, dass die EU und relevante Drittländer im Bereich der Rohstoffversorgung einvernehmlich und im Geiste einer echten Partnerschaft zum beiderseitigen Vorteil zusammenarbeiten sollten; fordert deshalb eine Unterstützung für die Entwicklungsländer, die einen Wissenstransfer im wissenschaftlichen und rechtlichen Bereich einschließt, um einen dauerhaften Kapazitätsaufbau zu bewirken, und fordert zudem gemeinsame Normen für die Rohstoffgewinnung und -produktion, die die Menschenrechtsnormen miteinschließen;
14. hebt die Bedeutung einer bilateralen Zusammenarbeit bei Rohstoffen, wie sie im Falle der EU und der Afrikanischen Union im Juni 2010 deutlich wurde, hervor und empfiehlt, dass im Rahmen des Gemeinsamen Aktionsplans Afrika–EU für den Zeitraum 2011–2013 weitere Anstrengungen unternommen werden; fordert, dass eine ähnliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern geschaffen wird, die wichtige Erzeuger von kritischen Rohstoffen sind; schlägt als eines der konkreten Ziele der Rohstoff-Diplomatie vor, die Versorgungsquellen für bestimmte Rohstoffe, bei denen eine Einfuhrabhängigkeit der EU besteht, so zu diversifizieren, dass die Rohstoffe nicht nur aus Südostasien, sondern auch aus Lateinamerika und Afrika bezogen werden;
15. ist der Ansicht, dass das erhebliche Potenzial der Arktis mit ihren natürlichen Ressourcen und den auf diese angewiesenen Wirtschaftszweigen verbunden ist; betont im Einklang mit seiner EntschlieÙung vom 20. Januar 2011 zu einer nachhaltigen EU-Politik für den hohen Norden (P7_TA(2011)0024) die Notwendigkeit eines gerechten Zugangs zu den Rohstoffen in der Arktis; hebt die Bedeutung hervor, die einer nachhaltigen Entwicklung und der unschädlichen und kontrollierten Nutzung der natürlichen Ressourcen in der Arktis im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip zukommt;
16. hebt die Bedeutung der Transparenz hervor und bekräftigt seine Unterstützung für die Transparenz-Initiative der Rohstoffindustrie (EITI) und für die Initiative „Publish What You Pay“ (PWYP) als gute Beispiele für internationale Transparenznormen und fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz im Bereich der Versorgung zu treffen; vertritt die Auffassung, dass diese Normen bei von der Europäischen Investitionsbank geförderten Investitionsvorhaben Anwendung finden sollten, um die nachhaltige Rohstoffgewinnung in den betreffenden Drittländern zu fördern;
17. begrüÙt die vorbereitenden Arbeiten der Kommission für einen Legislativvorschlag zu den Offenlegungspflichten für an EU-Börsen notierte Unternehmen der mineralgewinnenden Industrie; legt der Kommission nahe, dabei an die Offenlegungsbestimmungen in Abschnitt 1504 des Dodd-Frank-Bundesgesetzes der USA anzuknüpfen, und fordert Meldepflichten für jedes Land;
18. fordert die Kommission auf, bei der Ausarbeitung der neuen Instrumente für auswärtiges

Handeln für die Zeit nach 2013 Maßnahmen zur Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung und eines nachhaltigen Bergbaus in ihre Programme für die demokratische und wirtschaftliche Stabilität fragiler Staaten, die Rohstofflieferanten sind, aufzunehmen;

19. ist der Auffassung, dass die Verantwortung für eine kohärente und wirksame Diplomatie der EU beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und den zuständigen Kommissionsdienststellen – und in Handelsfragen insbesondere bei der GD Handel – in enger Abstimmung mit dem Rat und dem Parlament liegen muss; ist ferner der Auffassung, dass der strategischen Bedeutung der Rohstoffe bei der Organisation des EAD und der personellen Besetzung der betreffenden EU-Delegationen Rechnung getragen werden sollte; betont, wie wichtig eine Koordinierung der auswärtigen Politik der EU und der Mitgliedstaaten im Bereich der Rohstoffe ist;
20. vertritt die Auffassung, dass die EU ihre Maßnahmen zur Diversifizierung der Versorgungsquellen für seltene Erden und zur Verringerung der Abhängigkeit von wichtigen Rohstoff- und Seltenerdlieferanten mit den USA und anderen Partnern abstimmen sollte; ist der Ansicht, dass diese Fragen auf die Tagesordnung der nächsten EU-USA-Gipfel gesetzt werden sollten;
21. fordert die Europäische Verteidigungsagentur auf, im Einklang mit Artikel 42 Absatz 3 EUV zu der Ermittlung von Maßnahmen beizutragen, mit denen die industrielle und technologische Basis des Verteidigungssektors in Bezug auf Rohstoffe gestärkt wird.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	24.5.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 58 -: 3 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Sir Robert Atkins, Dominique Baudis, Frieda Brepoels, Elmar Brok, Arnaud Danjean, Michael Gahler, Marietta Giannakou, Ana Gomes, Andrzej Grzyb, Heidi Hautala, Anna Ibrisagic, Anneli Jäätteenmäki, Jelko Kacin, Othmar Karas, Ioannis Kasoulides, Tunne Kelam, Nicole Kiil-Nielsen, Evgeni Kirilov, Andrey Kovatchev, Paweł Robert Kowal, Eduard Kukan, Alexander Graf Lambsdorff, Krzysztof Lisek, Sabine Lösing, Ulrike Lunacek, Mario Mauro, Kyriakos Mavronikolas, Willy Meyer, Francisco José Millán Mon, María Muñoz De Urquiza, Annemie Neyts-Uyttebroeck, Norica Nicolai, Raimon Obiols, Kristiina Ojuland, Ria Oomen-Ruijten, Cristian Dan Preda, Fiorello Provera, Libor Rouček, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Nikolaos Salavrakos, Jacek Saryusz-Wolski, Werner Schulz, Hannes Swoboda, Charles Tannock, Inese Vaidere, Kristian Vigenin, Graham Watson, Boris Zala
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Reinhard Bütikofer, Nikolaos Chountis, Véronique De Keyser, Tanja Fajon, Kinga Gál, Elisabeth Jeggle, Georgios Koumoutsakos, Norbert Neuser, Doris Pack, Vittorio Prodi, Dominique Vlasto, Luis Yáñez-Barnuevo García
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Joachim Zeller